

Fonds waren risikobehaftet

Infoveranstaltung wirbt für gemeinsames Vorgehen – VR-Bank Aalen unaufgereggt

Die Anlage der Gelder in geschlossenen Immobilienfonds liegt eine Weile zurück. Nachdem aktuell neun Fonds der DG-Anlage GmbH, die von regionalen Volks- und Raiffeisenbanken in den 90er-Jahren verkauft wurden, die Insolvenz droht, formiert sich der Widerstand der Kapitalanleger. Die Schutzvereinigung für Kapitalanleger (SfK) informierte rund 120 Geschädigte aus der Region und darüber hinaus, die sich in der Stadthalle eingefunden hatten.

SASCHA KURZ

AALEN Zum Hintergrund: Bundesweit haben – zumeist auf Anraten ihrer Hausbank, der Volks- und Raiffeisenbanken sowie der Südwestbank – mehr als 20 000 Anleger in geschlossene Immobilienfonds, DG-Fonds, investiert. Die Fonds sollten zur Altersvorsorge dienen. Aufgrund der Marktverhältnisse sind von den etwa 50 aufgelegten DG-Fonds nach Aussage der VR-Bank Aalen neun von der Insolvenz bedroht. „Seit 1. Juli 2007

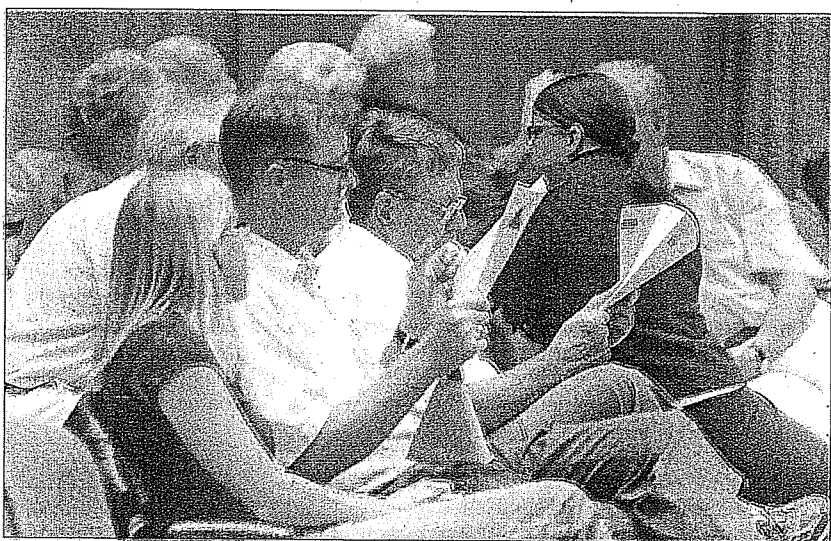
liegt das Angebot des Genossenschaftsverbandes und der DZ-Bank an die Anleger nach einem Vergleich vor. Dabei sollen die Kommanditanteile an die Banken zurückwandern, und zwar zu einem Anteil von 20 Prozent des ursprünglichen Werts“, erklärt Joachim Mei, Vorstand der VR-Bank Aalen. Als Selbsthilfeorganisation für geschädigte Anleger möchte die SfK, die mittlerweile über 1000 DG-Fondsgeschädigten über den aktuellen Vergleichsstatus mit den Volks- und Raiffeisenbanken informieren.

Dr. Petra Brockmann, Anlegeranwältin aus der Bremer Kanzlei Hahn Rechtsanwälte Partner, informierte die Besucher über den Stand der rechtlichen Auseinandersetzungen. „Neben den Verfahren, die sich noch in der Schwebe befinden und in die zweite Instanz gegangen sind, werden von unserer Kanzlei außergerichtliche Vergleiche angestrengt. Dabei befinden wir uns auf einem guten Weg“, sagt die Anwältin. Sie berichtete von einem aktuellen Fall, bei dem ein Schadensausgleich in Höhe von 65 Prozent der Beteiligungssumme gelungen war. „Weitere Vergleichsangebote in Höhe von 50 Prozent der Beteiligung lie-

gen uns vor, allerdings ist dabei ein Gesamtverzicht der Ansprüche gegenüber der DZ-Bank vorgesehen“, sagt sie. Für Mandanten kostet die Vertretung durch das Anwaltsbüro rund 1200 Euro bei einer Beteiligungssumme von 100 000 Euro. Wird ein Vergleich geschlossen, wird eine weitere Summe fällig.

Die Geschäftsführerin der SfK, Susanne Palmke, kündigt an, dass die Vereinigung Protestaktionen bei den am meisten betroffenen Hausbanken der Anleger – namentlich die Institute Südwestbank und Genossenschaftsbanken im Raum Fürth – organisiert. „Wir wollen den Druck auf die Banken erhöhen, ihren Kunden vernünftige Vergleichsangebote vorzulegen. Vernünftig heißt: Mindestens 50 Prozent Ausgleich ohne einen Gesamtverzicht“, sagt sie. Denn: Die Urteile gegen die DZ-Bank seien noch in der Schwebe.

Unaufgereggt beobachtet die Aalener VR-Bank, die von rund 20 betroffenen Anlegern aus ihren Reihen spricht, die Aktivitäten der Schutzvereinigung. „Ziel der DZ-Bank ist es, die Fonds nicht in die Insolvenz abgleiten zu lassen. Die Anleger gingen ein unternehmerisches Risiko ein, als sie sich als Kommanditisten an den Immobilienobjekten beteiligten“, sagt Vorstand Joachim Mei. Schon das Auflegen der geschlossenen Immobilienfonds sei mit heißer Nadel gestrickt worden: „Die Fonds waren zu einem Großteil fremdfinanziert und die Devise in den 90er-Jahren lautete: Steuersparen hat oberste Priorität.“ Mei sagt, mit einigen der betroffenen Kunden seien bereits Vergleiche geschlossen worden. „Die Frist, in der das Angebot von 20 Prozent Entschädigung – hälftig getragen vom Geno-Verband und der DZ-Bank – gilt, wurde bis zum 30. September verlängert“, sagt Mei.



☒ **Direkt zur Redaktion:** (07361) 594-164; s.kurz@sdz-medien.de
Kommentieren und bewerten:
www.schwaepo.de oder
www.tagespost.de

Rund 120 Anleger informierten sich beim Geschädigtentreffen der DG-Fonds in der Aalener Stadthalle. (Foto: Peter Hageneder)